

Substanzielles Protokoll 103. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 21. Dezember 2011, 15.00 Uhr bis 16.45 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Joe A. Manser (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretär Christian Aeschbach (FDP)

Substanzielles Protokoll: Doris Schibli

Anwesend: 123 Mitglieder

Abwesend: Joachim Hagger (FDP), Bruno Sidler (SVP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|-----|---------------------------------|---|-----|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 2. | <u>2009/155</u> | * Weisung vom 07.12.2011:
Verhandlungen mit dem Kanton bezüglich Zusammenlegung der
städtischen und kantonalen Bereiche für Büromaterial, Bericht
und Abschreibung | VSS |
| 3. | <u>2011/462</u> | * Weisung vom 07.12.2011:
Liegenschaftenverwaltung, Landabgabe im Baurecht für die
studentische Wohnsiedlung «Aspholz Süd» an der Cäsar-Ritz-
Strasse, und Ausrichtung eines unverzinslichen Darlehens | FV |
| 4. | <u>2011/484</u> | * Weisung vom 14.12.2011:
Liegenschaftenverwaltung, Wohnungsbau an der Tièchestrasse,
Genehmigung von zwei Baurechtsverträgen | FV |
| 12. | <u>2011/345</u> | Weisung vom 21.09.2011:
Voranschlag (Budget) 2012 | FV |

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

2137. 2011/459

Ratsmitglied Fiammetta Jahreiss-Montagnani (SP); Rücktritt

Der Ratspräsident gibt den Rücktritt von Fiammetta Jahreiss-Montagnani (SP 1+2) auf den 22. Dezember 2011 bekannt und würdigt ihre Amtstätigkeit.

2138. 2011/411

Ratsmitglied Bernhard Jüsi (SP); Rücktritt

Der Ratspräsident gibt den Rücktritt von Bernhard Jüsi (SP 1+2) auf den 31. Dezember 2011 bekannt und würdigt seine Amtstätigkeit.

Persönliche Erklärung:

Urs Fehr (SVP) hält eine persönliche Erklärung zu Hundefreien Zonen in Parkanlagen.

Geschäfte

2139. 2009/155

Weisung vom 07.12.2011:

Verhandlungen mit dem Kanton bezüglich Zusammenlegung der städtischen und kantonalen Bereiche für Büromaterial, Bericht und Abschreibung

Zuweisung an die SK PRD/SSD gemäss Beschluss des Büros vom 19. Dezember 2011

2140. 2011/462

Weisung vom 07.12.2011:

Liegenschaftenverwaltung, Landabgabe im Baurecht für die studentische Wohnsiedlung «Aspholz Süd» an der Cäsar-Ritz-Strasse, und Ausrichtung eines unverzinslichen Darlehens

Zuweisung an die SK FD gemäss Beschluss des Büros vom 19. Dezember 2011

2141. 2011/484

Weisung vom 14.12.2011:

Liegenschaftenverwaltung, Wohnungsbau an der Tièchestrasse, Genehmigung von zwei Baurechtsverträgen

Zuweisung an die SK FD gemäss Beschluss des Büros vom 19. Dezember 2011

2094. 2011/345**Weisung vom 21.09.2011:
Voranschlag (Budget) 2012**

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 102 vom 17.12.2011, Protokoll-Nr. 2094/2011).

Beschlüsse:

TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT
Antrag 136.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Urs Schmid (FDP): Eine allfällige Studienreise der Velowegkommission hätte gemäss Stadtrat keinen direkten Bezug zu konkreten Projekten. Bis jetzt sind weder Ziel, Inhalt noch Dauer der Studienreise bekannt. Die Kommission möchte jedoch mit mindestens 26 Personen inklusive Verwaltung auf diese Studienreise gehen. Die Minderheit 1 beantragt eine Kürzung des Betrags um 30 000 Franken.

Roger Bartholdi (SVP): Auch die Minderheit 2 ist dagegen, zu diesem Zeitpunkt eine Velowegkommissionsreise zu budgetieren. In der letzten Velowegkommissionssitzung lag diesbezüglich kein Traktandum vor und die Reise gehört nicht zu den Aufgaben der Kommission. Ausflüge in der Stadt Zürich sind sinnvoll. Es sollten jedoch keine Reisen ins Ausland stattfinden. Wenn überhaupt, wäre dies Sache der Polizei- und Verkehrskommission. Stimmen Sie dem Minderheitsantrag 2 zu.

Karin Rykart Sutter (Grüne): Die Velowegkommission ist wie die Gleichstellungskommission eine beratende Kommission des Stadtrats. Zu Beginn der Legislatur geht die Kommission jeweils auf eine Studienreise in eine andere Stadt und sammelt dort Ideen zur Verbesserung der Velowege in Zürich. Die Mehrheit der RPK unterstützt dieses Vorhaben und lehnt die Kürzungsanträge der SVP und der FDP ab.

S. 262	35	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT				
	3500	Tiefbau- und Entsorgungsdepartement Zentrale Verwaltung				
	3001 0000	Vergütungen an Behörden und Kommissionen				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
136.	Antrag Stadtrat			50'000	Mehrheit	Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin, Walter Angst (AL), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
		30'000		20'000	Minderheit 1	Urs Schmid (FDP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP)
		50'000		0	Minderheit 2	Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Referent, Monika Erfigen (SVP)
					Enthaltung	Samuel Dubno (GLP)

Begründung: FDP: Studienreise der Velowegkommission;
SVP: Studienreise der Velowegkommission, Projekte unbekannt

Ausstand: Martin Abele (Grüne), Roger Bartholdi (SVP), Simone Brander (SP), Marlène Butz (SP), Alexander Jäger (FDP), Hans Jörg Käppeli (SP), Matthias Probst (Grüne), Marcel Schönbächler (CVP), Guido Trevisan (GLP), Dr. Richard Wolff (AL), Thomas Wyss (Grüne)

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Mehrheit (50'000) 63 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Persönliche Erklärungen:

Roger Tognella (FDP) hält eine persönliche Erklärung zum Ausstand von Ratsmitgliedern beim Antrag 136.

Markus Knauss (Grüne) hält eine persönliche Erklärung zum Ausstand von Ratsmitgliedern beim Antrag 136.

Antrag 137.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Antrag 137 behandelt die Streichung der Stelle „Kunst im öffentlichen Raum“. Wir werden in dieser Sitzung zu einem späteren Zeitpunkt noch über das Kunstprojekt Hafenkran diskutieren. Solche Projekte, die von einem grossen Teil der Bevölkerung nicht befürwortet werden, sind der Stadt offenbar wichtig. Doch wir haben zurzeit genügend andere Herausforderungen. Wird die Stelle „Kunst im öffentlichen Raum“ gestrichen, bleiben uns solche Projektideen erspart.

Christine Seidler (SP): Roger Liebi (SVP) hat es bereits angesprochen: Dieser Antrag ist der Vorläufer des Hafenkrans. Es geht um Kunst im öffentlichen Raum. Kunst ist die Erscheinung sozialer Konventionen. Sie reflektiert historische, kulturelle und gesellschaftliche Realitäten und setzt sich mit diesen auseinander. Die Fachkompetenz für die Umsetzung ist ein hoheitlicher Auftrag für die Kunst im öffentlichen Raum und kann nicht auf Projektleitungen oder andere Dienstabteilungen abgewälzt werden. Der Auftrag bleibt bestehen und muss erfüllt werden. Die Effizienz wird nicht gesteigert, wenn der Auftrag nicht von Fachleuten ausgeführt wird. Die Mehrheit der RPK bittet Sie, dem Antrag des Stadtrats zu folgen.

Weitere Wortmeldungen:

Bernhard Piller (Grüne): Der Antrag wird von der SVP auf die Hafenkran-Debatte reduziert. Die Stelle „Kunst im öffentlichen Raum“ bearbeitet jedoch auch zahlreiche andere Aufgaben. Sie kümmert sich zum Beispiel seit über einem Jahrhundert um alle Kunstwerke und Skulpturen im öffentlichen Raum. Wird die Stelle gestrichen, haben wir künftig in dieser Form niemanden mehr, der unsere Gesellschaft, unsere Stadt und unsere Kultur im öffentlichen Raum prägt.

Roger Liebi (SVP): Der Hafenkran ist nur ein Beispiel von vielen. Zur Behauptung von Bernhard Piller (Grüne), dass die Stelle auf 100 Jahre oder mehr zurückgehen soll: Ich kann mir nicht vorstellen, dass beispielsweise bei der Aufstellung der Hans-Waldmann-Skulptur eine Stelle für Kunst im öffentlichen Raum vorhanden war. Die Idee konnte auch ohne eine solche Stelle entstehen.

S. 269	35 3515 3010 0000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Tiefbauamt Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
137.	Antrag Stadtrat				31'344'700	Mehrheit
		150'000			31'194'700	Minderheit
						Christine Seidler (SP) Referentin, Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP) Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Monika Erfgen (SVP), Urs Schmid (FDP)

Begründung: Stelle Kunst im öffentlichen Raum nicht notwendig

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 47 Stimmen zu.

Antrag 138.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Unser Antrag behandelt die Streichung der temporären Aktionen in der Öffentlichkeitsarbeit. Es sind temporäre Aktionen für folgende Bereiche vorgesehen: Veloverkehr, Mobilität ist Kultur, Züri rollt, Mobilitätsmanagement, Fachbereich Kommunikation. Auf die Öffentlichkeitsarbeit könnte verzichtet werden – und zwar mit einer verständlichen Verkehrspolitik, die für und nicht gegen einen Teil der Menschen ist. Die Information zur Haldenstrasse hat sicherlich auch Kosten verursacht. Doch dort wurden genau diejenigen Leute nicht informiert, die nun einen viel längeren Weg auf sich nehmen müssen oder vom Stau betroffen sind. Betroffen sind auch all jene, die nun an der Birmensdorferstrasse täglich im Stau stehen. Es wird sicherlich demnächst beantragt werden, dass die Birmensdorferstrasse quatierveträglicher gestaltet werden muss, da ein solcher Dauerstau den Anwohnern nicht zumutbar ist. An solchen Orten muss Öffentlichkeitsarbeit betrieben werden. Die Verkehrspolitik in der Stadt Zürich ist einseitig und setzt sich nur noch für Velofahrer, Fussgänger, Trams und Busse ein.

Christine Seidler (SP): Öffentlichkeitsarbeit ist gleichbedeutend mit Gesellschaftskommunikation. Auch Velofahrende gehören zur Gesellschaft. Die vorgesehenen Aktionen sollen der Bevölkerung alternative Möglichkeiten aufzeigen. Wollen wir die Ziele einer nachhaltigen Gesellschaft erreichen, ist Mobilität ein wichtiges Anliegen. Es muss ein Paradigmenwechsel stattfinden. Deshalb sind die Förderung des Veloverkehrs und damit die Öffentlichkeitsarbeit sehr wichtig.

Weitere Wortmeldungen:

Theo Hauri (SVP): In den Antworten an die RPK sucht man vergeblich nach einer plausiblen Erklärung, was stadtgerechtes Mobilitätsverhalten für das Tiefbauamt bedeutet. Die frappante Kopflastigkeit der Kommunikationsmassnahmen zugunsten des Velo- und Fussgängerverkehrs ist stossend. Für die sogenannte Mobilitätsstrategie existieren offenbar weder das nach wie vor sehr beliebte Auto noch der gewerbliche Nutzverkehr als gleichwertige Verkehrspartner. Es braucht keine mediale Sensibilisierung. Die Infrastruktur für den Langsamverkehr ist im Gegensatz zum Strassennetz völlig ausreichend.

S. 270	35 3515 3107 0000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Tiefbauamt Temporäre Aktionen in Öffentlichkeitsarbeit				
			Verbesserung	Verschle- terung	Betrag	Stimmen
138.	Antrag Stadtrat				1'221'500	Mehrheit
						Christine Seidler (SP) Referentin, Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
			1'001'500		220'000	Minderheit
						Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Monika Erfigen (SVP), Urs Schmid (FDP)
						Enthaltung
						Walter Angst (AL)
			Begründung: Veloverkehr CHF -250'000, "Mobilität ist Kultur" CHF -170'000, "Züri rollt" CHF -100'000, Mobilitätsmanagement CHF -340'000, Fachbereich Kommunikation CHF -141'500			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 65 gegen 41 Stimmen zu.

Antrag 139.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Samuel Dubno (GLP): Die RPK-Minderheit 1 beantragt eine Kürzung von 100 000 Franken auf dem Konto 3111. Das TED plant für diesen Betrag für die gesamte Stadtverwaltung Velos und teilweise Elektrovelos zu beschaffen. Wir befürworten Velos grundsätzlich. In den Antworten auf die Rückfragen aus der RPK wurden jedoch keine Angaben dazu gemacht, welche Typen von Velos gekauft werden sollen, ob damit Dienstfahrten und -fahrzeuge gespart oder Verwaltungsparkplätze abgebaut werden können. Aufgrund der fehlenden Angaben erscheint uns dieser Kauf etwas konzeptlos.

Kurt Hüssy (SVP): Dieser Budgetposten wird um über 50 % erhöht. Doch ein knapp zehnjähriger in einem Staatsbetrieb verwendeter Kompressor kann unmöglich bereits ersetzt werden müssen. An den Betriebsstunden gemessen könnte der Kompressor als beinahe neuwertig und wenig gebraucht bezeichnet werden. Auch ein Neuausrüsten von Dienstvelos ist nicht zwingend nötig und muss auf finanziell bessere Zeiten verschoben werden.

Christine Seidler (SP): Die städtischen Finanzen sind solide. Das haben wir zur Kenntnis genommen. Das Velo ist der Beginn der Mobilitätskultur, die nachhaltig ist für die 2000-Watt-Gesellschaft. Auch das Velonetz ist ein Teil des Strassennetzes. Deshalb unterstützt die Mehrheit zugunsten des Umweltverbundes den Antrag des Stadtrats. Durch den Einsatz von Elektrovelos kann das Velofahren auch etwas weniger sportlichen Personen schmackhaft gemacht werden. Die RPK-Mehrheit bittet Sie, den Antrag zu unterstützen.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Ruth Genner: Dienstvelos haben sich in der Stadt Zürich grundsätzlich bewährt. Innerhalb der Stadtverwaltung werden sehr viele Velos gebraucht. Es wurde nie genau untersucht, wie viele Autos nicht mehr benötigt werden. Die Velos sind jedoch oft weg, wenn man sie braucht. Das zeigt, dass sie auch wirklich verwendet werden. Deshalb

möchten wir innerhalb der Stadtverwaltung die Bedürfnisse abklären. Sobald der Kredit da ist, wird es eine entsprechende Ausschreibung geben. Es sollen auch einige Elektrovelos erworben werden. Je nach Standort der Personen ist das wichtig. Auf diese Weise können Fahrzeiten gespart werden und es wird teilweise auch eine Verlagerung vom Tram auf das Velo geben. Nicht zuletzt geht es auch um eine Zeiteinsparung für die Angestellten der Verwaltung.

Weitere Wortmeldungen:

Roger Liebi (SVP): Im Sinne eines Kompromisses wird die SVP die Minderheit 1 unterstützen. Gemäss den Rückantworten des Stadtrats sind die 100 000 Franken nicht nötig.

S. 270	35 3515 3111 0000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Tiefbauamt Anschaffungen Maschinen, Geräte, Fahrzeuge			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
139.	Antrag Stadtrat			326'500	Mehrheit
		100'000		226'500	Minderheit 1
		132'000		194'500	Minderheit 2
		Begründung: GLP/FDP: Verzicht auf Dienstvelos, da noch keine Detail-Infos, Reduktion MIV, PP, etc.; SVP: Die Zusatzanschaffungen sind im Gegensatz zur Erklärung eher Umrüstungen - in Zeiten knapper Finanzen unnötig			

Die Minderheit 2 zieht ihren Antrag zurück und unterstützt den Antrag der Minderheit 1.

Der Rat lehnt den Antrag der Mehrheit mit 61 gegen 62 Stimmen ab. Damit ist dem Antrag der Minderheit 1 zugestimmt.

Antrag 140.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Urs Schmid (FDP): Bei den vorgestellten Projekten wird weder eine Verbreiterung noch ein Kapazitätsausbau stattfinden. Die Velomassnahmen werden nicht unter diesem Konto abgewickelt, sondern in der Investitionsrechnung budgetiert. Die Minderheit 1 ist überzeugt, dass Erhaltungsmassnahmen und gewisse Reparaturaufwendungen zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit und Gebrauchstauglichkeit der Strassen übertrieben sind. Bis anhin konnten Schliessungen von Strassenstücken durch die erhöhte Aufmerksamkeit des TED verhindert werden. Projekte wie zum Beispiel die Totalsanierung der Albisriederstrasse können problemlos verschoben werden. Aus diesen Überlegungen möchte die Minderheit 1 den Betrag um 1 Mio. Franken kürzen.

Mauro Tuena (SVP): Auf vielen Strecken befinden sich zahlreiche Löcher in der Strasse. Aus Sicht der Verkehrssicherheit müssen diese Löcher repariert werden. Bei einer derartigen Kürzung des Betrags ist das nicht möglich. Doch das Konto soll dem Stadtrat keinen Freipass zur Vergoldung eines Randsteins geben: Andere Projekte müssen in einem anderen Konto abgebucht werden.

Christine Seidler (SP): Aufgrund des Notbudgets mussten viele der geplanten Projekte zurückgestellt oder sistiert werden. Nach dem Notbudget konnten sie nicht fertig realisiert beziehungsweise gestartet werden. Durch diese Verzögerung müssen nun die nicht realisierten Projekte von 2011 ins Budget von 2012 genommen werden. Deshalb bitten wir Sie, der Mehrheit der RPK zu folgen.

Weitere Wortmeldungen:

Samuel Dubno (GLP): Die GLP unterstützt den Antrag der SVP.

Urs Schmid (FDP) zieht den Antrag der Minderheit 1 zurück.

S. 270	35 3515 3145 0101	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Tiefbauamt Baulicher Unterhalt der Gemeindestrassen			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
140.	Antrag Stadtrat			6'650'000	Mehrheit
		1'000'000		5'650'000	Minderheit 1
		400'000		6'250'000	Minderheit 2
					Enthaltung

Begründung: SVP: Budget 2011 reichte völlig aus; FDP: Reduktion des Kredits

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 65 gegen 57 Stimmen zu.

Antrag 141.

Kommissionsminderheit:

Roger Liebi (SVP): Einer Aussage der Stadt aus dem Jahre 2009 zu diesem Thema ist Folgendes zu entnehmen: „Vergleichbare Poller gibt es nur in Städten mit Hochseehäfen. Wo nämlich derart grosse Poller existieren, kann das Meer nicht weit sein. Mehr noch, wo Meer ist, da sind Hochseeschiffe, da ist Handel und Wandel und wirtschaftliche Prosperität.“ Die Staaten Griechenland, Italien, Spanien und Portugal liegen alle am Meer. Wenn ein Hafenkran tatsächlich ein Zeichen für Prosperität ist und sich die Stadt für einen solchen entscheidet, will man sich offenbar mit Schuldenstaaten messen. Der Hafenkran wurde in früheren Budgetdebatten abgelehnt. Es ist unverständlich, dass der Hafenkran nun nochmals durchgezwängt werden soll. Viele stehen dem Hafenkran kritisch gegenüber, und zurzeit stehen andere finanzielle Herausforderungen im Zentrum. Überdenken Sie Ihre Haltung und nehmen Sie den Antrag zur Streichung der 382 000 Franken an.

Gian von Planta (GLP) stellt den Ordnungsantrag, auf Halbierung der Redezeit und auf Schliessung der Rednerliste.

Gian von Planta (GLP) bittet all diejenigen, die sich bereits in die Liste eingeschrieben haben, sich zu überlegen, ob ihr Votum tatsächlich noch nötig ist.

Mauro Tuena (SVP): Stadträtin Ruth Genner sagte gegenüber den Medien, die einzige Möglichkeit zu einer inhaltlichen und finanziellen Diskussion über den Hafenkran bestehe während der Budgetdebatte. Wir hatten bisher nie eine Gelegenheit zur Diskussion. Es liegt keine Weisung vor, es wurde in keiner Kommission darüber gesprochen. Entsprechend müssen wir die Debatte im Rahmen der Budgetsitzung abhalten. Ich möchte Gian von Planta (GLP) deshalb bitten, seine Ordnungsanträge nochmals zu überdenken.

Roger Tognella (FDP): Die Rednerliste wird gefüllt und gleichzeitig wird eine Halbierung der Redezeit verlangt. Das ist absurd. Die FDP kann zu diesem Zeitpunkt einer Halbierung der Redezeit nicht zustimmen. Es wäre demokratisch problematisch. Es soll Aufgabe des Rats sein, über das Thema zu diskutieren. Dem zweiten Ordnungsantrag auf Schliessung der Rednerliste stimmen wir zu.

Bernhard Piller (Grüne): Zum Votum von Mauro Tuena (SVP): Der Hafenkran war in der Spezialkommission TED/DIB durchaus Thema. Wir wurden umfassend darüber informiert.

Der Rat stimmt dem Antrag auf Halbierung der Redezeit mit 60 gegen 54 Stimmen zu.

Der Rat stimmt dem Antrag auf Schliessung der Rednerliste mit 81 gegen 35 Stimmen zu.

Kommissionsmehrheit:

Christine Seidler (SP): Für die einen symbolisiert der Hafenkran die Thematik der Globalisierung und Weltoffenheit. Bei den andern weckt er Assoziationen zur Arbeiterwelt, zum Hamburger Hafen und damit zum Proletariat. Fakt ist, die Kunstinstallation basiert gesamthaft auf einem Werkbetrag von 440 000 Franken, der in der Kompetenz des Stadtrats liegt. Die damit verbundenen Kosten sind Teil eines rechtsgültigen Werkvertrags mit den Künstlern. Eine Kostenüberschreitung ist dabei nicht möglich. Eine Ablehnung des Hafenkrans würde einen Vertragsbruch generieren, der nebst juristischen Mehrkosten auch Entschädigungen für die Künstler zur Folge hätte. Das Projekt wurde im Rahmen eines Wettbewerbs von einer Jury ausgewählt, die mit Qualitätssicherung zu diesem Resultat kam. Die Mehrheit der RPK empfiehlt, dem Stadtrat zu folgen und dem Minderheitsantrag nicht zuzustimmen.

Weitere Wortmeldungen:

Andrea Nüssli-Danuser (SP): Es ist absurd, dass sich halbe oder beinahe ganze Fraktionen zum Thema äussern wollen. Christine Seidler (SP) hat unsere Standpunkte bereits gut dargelegt.

Dr. Urs Egger (FDP): Die FDP unterstützt den Minderheitsantrag und berücksichtigt dabei die Meinung des Volkes. Über das Projekt wurde im Rat schon dreimal abgestimmt und nun soll nochmals darüber abgestimmt werden, obwohl es bisher immer abgelehnt wurde. Das Volk versteht dies nicht. Das Geld der durch dieses Projekt entstehenden Kosten könnte anderweitig eingesetzt werden. Werden solche Projekte durchgezwängt, führt dies im Volk zu einem sinkenden Verständnis für Politik.

Roger Liebi (SVP): Ich habe zur Kenntnis genommen, dass Christine Seidler (SP) der Ansicht ist, dass Jurys Recht haben. Die SVP-Fraktion wurde noch nie in eine Jury berufen, sonst wären womöglich verschiedene Entscheidungen anders ausgefallen. Der Bauauftrag wurde bereits an eine Firma aus Essen vergeben. Ich stimme Dr. Urs Egger

(FDP) zu: Das Projekt wird durchgezwängt, obwohl wir andere Prioritäten haben. Die Bevölkerung versteht nicht, dass zugunsten des unnötigen Hafenkrans auf andere Leistungen verzichtet wird.

Urs Fehr (SVP): Ich hoffe, dass bei diesem Geschäft kein Fraktionszwang besteht. Können Sie sich vorstellen, aus dem Fenster zu schauen und dieses unheimliche Un-
ding zu sehen? Man sollte auf die Bevölkerung hören, die den Kran täglich ansehen muss. Die Bevölkerung will den Kran nicht. Dass das Geld bereits gesprochen wurde, ist jenseits von Gut und Böse.

Mauro Tuena (SVP): Betrachtet man das Projekt Hafenkran und die Emotionen dazu, habe ich keinerlei Verständnis, dass das Projekt nun wieder zur Abstimmung gebracht wird. Private wollen sich auf Kosten des Staates verwirklichen und sich ein Denkmal setzen. Wie will sich Frau Stadträtin Genner dafür entschuldigen, dass sie etwa keine weiteren Polizisten anstellen kann, weil das Geld für einen Hafenkran gebraucht wird? Der Hafenkran hat mit der Stadt Zürich in keiner Art und Weise etwas zu tun. Es gab hier nie einen Hafenkran. Was alles soll noch als Kunst deklariert und auf Kosten des Steuerzahlers aufgestellt werden, das in keinem Zusammenhang mit der Stadt Zürich steht? In Zukunft werden wir nicht mehr so hohe Steuereinnahmen haben. Ein Projekt wie der Hafenkran liegt damit nicht drin. Sämtliche Abstimmungen in Online-Medien zeigen zudem, dass die Bevölkerung gegen den Kran ist. In einer Volksabstimmung würde der Kran garantiert abgelehnt.

Markus Hungerbühler (CVP): Kunst ist subjektiv. Die CVP ist grundsätzlich nicht gegen Kunst. Doch was ist Kunst? Die CVP sprach sich bereits vor zwei Jahren klar gegen das Projekt aus und wird ihre Meinung nicht ändern. Ein verrosteter Hafenkran in unmittelbarer Nähe des Rathauses würde das Limmatquai verschandeln. Wir können uns diesen An- und Ausblick nicht vorstellen. Deshalb bleiben wir bei unserer Ablehnung und unterstützen die Minderheit.

Martin Luchsinger (GLP): Die Zeiten ändern sich. Auch das Parlament hat sich geändert. In der Argumentation der SVP würde das heissen, der Volkswille habe sich auch geändert. Deshalb ist eine erneute Diskussion des Projekts notwendig. Kunst im öffentlichen Raum darf auch einmal irritieren und zum Denken anregen. Doch die Politik sollte sich nicht darüber äussern, was gute Kunst und was Kunst überhaupt ist. Das ist hier fehl am Platz und einer liberalen Stadt äusserst unwürdig. Das Argument, das Volk wolle den Kran nicht, erscheint mir zweifelhaft. Gian von Planta (GLP) wird mein Votum weiterführen.

Christoph Spiess (SD): Eine Jury aus dem Volk würde einen solchen Unsinn sicherlich nicht gutheissen. Es handelt sich hier um eine Zwängerei: Verträge werden abgeschlossen und das Parlament wird unter einen Sachzwang gestellt, um diese abzusegnen. Das Projekt wird so oft in den Gemeinderat gebracht, bis es eine Mehrheit findet. Der Hafenkran passt nicht ins Zentrum von Zürich mit den altherwürdigen Gebäuden. Was wird in den nächsten Jahren noch kommen? Die SD lehnt das Projekt ab.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): An der Hafenkrandebatte wird sich die Vernunft der Grünliberalen zeigen. Es ist eine Frechheit von der Verwaltung, den Hafenkran nochmals zur Debatte zu bringen und durchzwingen zu wollen, nur weil hinter den Kulissen bereits irgendwelche Versprechungen gemacht wurden, die nun um jeden Preis eingehalten werden müssen. Es gibt keinen vernünftigen Grund, einen Hafenkran aufzustellen.

Ruth Anhorn (SVP): Der Hafenkran spaltet die Gemüter. Für nur neun Monate soll der Kran das Limmatquai verschandeln, und das für über 600 000 Franken. Ein Mitglied des Künstlerquartetts löste bereits 1999 mit einer Denkmalverschiebung Streit um Kunst im öffentlichen Raum aus. Der Zeitpunkt ist gekommen, den Hafenkran zu begraben. Das Volk würde in einer Volksabstimmung den Hafenkran klar ablehnen. Das Geld sollte besser in die Bildung investiert werden.

Michael Baumer (FDP): Martin Luchsinger (GLP) erwähnte, Kunst solle irritieren. Einverstanden – doch das einzig Irritierende am Hafenkran ist der Preis. Touristen werden nicht wegen des Hafenkrans hierher kommen. Der Bevölkerung wird der Kran nicht auffallen, da sich in Zürich bereits eine Vielzahl von anderen Kränen befindet. Im Rat wurde schon mehrfach über den Kran abgestimmt und er wurde jedes Mal abgelehnt. Natürlich wurde das Parlament erneuert – doch würde man nach jeder Wahl wieder über sämtliche Beschlüsse neu abstimmen, wäre das kein zielführender Weg. Ich hoffe auf eine Abstimmung unter Namensaufruf.

Alexander Jäger (FDP): Die Stadt Zürich setzt sich nur bei der Kunst für die Industrie ein. Sie unternimmt alles, damit die Industrie und neu auch das Gewerbe hier nicht mehr erwünscht sind. Übertriebene Lärmschutzforderungen, grenzwertiger Verkehrsschutz, ein gespaltenes Verhältnis zum Flughafen, die Forderung nach höheren Energiepreisen und auch eine ungenügende Berücksichtigung der Industrie in der Bau- und Zonenordnung. Fazit: Wir importieren die Produkte grösstenteils aus dem Ausland und überlassen den Schmutz der Produktion anderen Ländern. Der Hafenkran soll ein Hinweis auf Industrietätigkeit sein, doch wir sollten uns besser für die Erhaltung und das Weiterbestehen der Industrie in der Stadt Zürich einsetzen.

Marc Bourgeois (FDP): Das Projekt ist für das Volk künstlerisch unverständlich. Das Volk versteht die Ziele des Projekts nicht. Eines der wichtigsten Ziele ist, die Diskussion über Kunst im öffentlichen Raum in Gang zu halten. Mitreden darf das Volk jedoch nicht. Der Stadtrat würde mit dieser Vorlage im Volk keine Mehrheit finden. Wir sind keine Kunstexperten, doch dieser Prozess sollte überdacht werden. Das Parlament lehnte den Hafenkran ab, und trotzdem wurden weiterhin Verpflichtungen eingegangen. Das grenzt an Nötigung. Der Hafenkran ist in der Altstadt städtebaulich untragbar und in der heutigen Situation finanziell unverantwortlich. Zudem ist es ökologisch fragwürdig, den Kran von weither nach Zürich zu bringen und dann wieder wegzutransportieren.

Gerhard Bosshard (EVP): Die EVP ist auch aus ordnungspolitischen Gründen dagegen, dass der Hafenkran wieder zur Abstimmung gebracht wird. Er wurde vor zwei Jahren abgelehnt. Ausserdem ist das Verhältnis zwischen Kosten und Nutzen bei diesem zeitlich befristeten Projekt nicht sichtbar. Der Hafenkran ist ein Symbol. Dieses Symbol steht auch für Selbstüberschätzung. Zürich ist Zürich, und nicht Hamburg.

Andrew Katumba (SP) möchte sich als Stellvertreter der indigenen Altstadtbevölkerung äussern und trägt ein auf die Stadt Zürich abgewandeltes Gedicht von Rudolf Rancke über die Hansestadt Stade vor: „Der 80 Jahre alte Kran treibt uns noch zum Grössenwahn. Dennoch ist es schön zu wissen, dass die Träger kaum verschlissen heute und auch später tragen den Ausleger und den Haken. Hebel, Rollen, Motorkasten bewirken, dass kaum Zusatzlasten heben Mast und auch die Seile in Zürcher Luft ganz ohne Eile. Manchen Sturm, manch Politgewitter hat erlebt der stolze Turm, und ist ohne Glanz und ohne Glitter standfest und schön, ganz rundherum. Nur der Zahn der Zeit nagt an diesem Turm – nichts aus Stahl ist davor gefeit – beisst mit permanenter Macht, an dem Gebilde Tag und Nacht. Aller Farbe nun zum Hohn sehen wir nur die Kollision. Bolzen, die sich nicht bewegen, Träger, die sich seitwärts legen, Zähne, die am Ritzel kleben, lassen Unmut ihn erleben.“

Severin Pflüger (FDP): Surreale Kunst ist für mich Ausdruck der freiheitlichen Gesinnung. Doch etwas Surreales in die Realität umzusetzen, ist etwas zu surreal. Das politische Happening zu diesem Hafenkran ist nur noch bemühend und sollte ein Ende haben.

Dominique Feuillet (SP): Wir diskutieren hier über ein Kunstwerk, das noch nicht existiert. Die bürgerlichen Parteien muten sich bereits ein Urteil zu, ob es sich um Kunst handelt oder nicht. Kunst gefällt einem oder nicht. Der Hafenkran gibt Zürich einen neuen Touch. Ich bin überzeugt, dass sich auch das Volk positiv über den Hafenkran äussern wird, sobald der Hafenkran einmal einen Monat hier steht. Stellen wir den Hafenkran auf, freuen wir uns daran und geniessen wir die Kunst.

Michael Schmid (FDP): Es sprechen einige gute Gründe gegen den Hafenkran. Einer davon hängt spezifisch mit dem vorgesehenen Standort in der Altstadt zusammen, nämlich mit Eigentumsgarantie und Rechtsgleichheit. Sprechen Sie mit einer privaten Eigentümerschaft im Kreis 1, die eine Änderung am Haus vornehmen will. Sie hat einen Spiessrutenlauf vor sich. Würde man mit privatem Geld ein solches Projekt einreichen, würde es sicher abgelehnt. Die FDP wird das Projekt einmal mehr ablehnen.

Marianne Aubert (SP): Die Steuerzahler, die ich vertrete, warten auf das Kunstprojekt. Nur schon die Debatte im Gemeinderat zeigt, dass temporäre Kunst im öffentlichen Raum nötig und richtig ist, die Auseinandersetzung mit unserem Selbstverständnis als Weltstadt und mit unserer Hochseeflotte auf den Weltmeeren. Ich freue mich auf Gespräche über den Hafenkran.

Dr. Daniel Regli (SVP): Es wurde nun oft eine Entscheidung des Volkes erwähnt. Wir sollten das Volk fragen. Dann wissen wir Bescheid.

Thomas Schwendener (SVP): Das Hafenkran-Projekt ist unmöglich, erst recht, wenn es nur für neun Monate existieren soll. Dr. Daniel Regli (SVP) bemerkte richtig, dass es hier eine Volksabstimmung geben müsste. Ich schliesse mich auch dem Votum von Bruno Amacker (SVP) von letzter Woche an, die Stadt Zürich sei ein Tummelfeld für Künstler, Sozialarbeiter und Architekten.

Gian von Planta (GLP): Wir sprechen von einem Kredit von 330 000 Franken. Die Verträge bestehen bereits, die Stadt muss das Geld ausgeben und die Verträge wahrnehmen oder die Künstler schadlos halten. Wir könnten durch eine Ablehnung des Projektes demnach nur noch einen sehr kleinen Betrag sparen. Wir sind überzeugt, dass es mehr Sinn macht, den Kran zu bauen. Wir sind auch sicher, dass der Kran nächstes Jahr eine Attraktion in Zürich wird und die Stadt davon überzeugen wird. Auch das Gewerbe im umliegenden Gebiet wird davon profitieren. Viele Menschen werden das Gebiet alleine aufgrund des Hafenkrans besuchen.

Roger Bartholdi (SVP): Jeder Vertrag kann gekündigt werden, es sei denn, bei den Vertragsverhandlungen wurden Fehler begangen. Ich möchte alle Ratsmitglieder mit grünem Gedankengut bitten, sich zu fragen, wie viel CO₂ eigentlich der Auf- und Abbau des Hafenkrans erzeugt.

Bernhard Piller (Grüne): Der Hafenkran muss noch ein wenig warten. Aber er kommt. Vergangenes Wochenende peitschte Joachim die Wellen der Limmat auf Nordsee-Niveau. In grosser Vorfreude auf den hohen Besuch vom Meer – ein für einmal etwas anderer Besuch für Zürich, ein Hafenkran begleitet mit Horn und Poller. Und so wird unser altehrwürdiges Rathaus für einmal mit einem starken Hauch Weltoffenheit umrahmt. Frische Meeresluft für Zürich – wir freuen uns!

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Ruth Genner: „Zürich-transit-maritim“ ist ein Kunstprojekt mit verschiedenen Elementen. Die zu Beginn zitierte Pressekonferenz gehörte dazu, genau wie der Poller, das Schiffshorn oder der Hafenkran. Ein Künstlerteam gewann den städtischen Wettbewerb. Es gelang dem Künstlerteam, weitere Sponsoren für weitere Elemente zu finden. Ein Herzstück des Projekts ist der Hafenkran. Er soll während neun Monaten neben dem Rathaus-Café am Limmatquai stehen. Der Stadtrat hält an der Weiterführung des Kunstprojekts fest. Wir sind überzeugt, dass das Projekt mit all seinen Elementen verwirklicht werden sollte. Durch eine vorzeitige Beendigung würde wenig gespart. Grund ist der Werkvertrag, der im Jahr 2009 abgeschlossen wurde. Zudem würde auch eine grosse Chance für Zürich vertan. Kunst ist und war immer ein Risiko. Ich möchte an die Heureka erinnern, die nach der Landesausstellung in Lausanne nirgends einen Platz fand. Zürich bot der Heureka am Zürichhorn eine Herberge. Damals gab es grosse Diskussionen. Doch heute möchte niemand das Kunstwerk hergeben. Ich bitte Sie, dem Kredit zuzustimmen, damit wir den Kran für neun Monate am Limmatquai aufstellen können – mit allen Diskussionen, die entstehen werden. Zürich wird eine spannende und spektakuläre Facette leben können. Das gehört zur Kunst.

S. 271	35 3515 3149 0302	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Tiefbauamt Kleinere Neu- und Umbauten: Übrige				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
141.	Antrag Stadtrat				650'000	Mehrheit
						Christine Seidler (SP) Referentin, Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
		382'000			268'000	Minderheit
						Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Monika Erfigen (SVP), Urs Schmid (FDP)
						Enthaltung
						Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP)
Begründung: Fr 50'000 "zürich-maritim" Fleischhalleareal (Hafenkran), Fr 332'000 Restbetrag Werkvertrag mit Künstlerteam für "zürich-maritim"						

Michael Baumer (FDP) beantragt Abstimmung unter Namensaufruf.

Der Rat stimmt dem Antrag von Michael Baumer (FDP) mit 114 gegen 2 Stimmen zu.

Abstimmung unter Namensaufruf gemäss Art. 41 GeschO GR.

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
003	Abele	Martin	Grüne	JA
151	Amacker	Bruno	SVP	NEIN
051	Ammann	Jürg	Grüne	JA
084	Angst	Walter	AL	ENTHALTEN
110	Anhorn	Ruth	SVP	NEIN
013	Aubert	Marianne	SP	JA
060	Bär	Linda	SP	JA
137	Bartholdi	Roger	SVP	NEIN

168	Baumer	Michael	FDP	NEIN
113	Bergmaier	Guido	SVP	NEIN
038	Bernhard	Irene	GLP	JA
106	Blöchliger	Patrick	SD	NEIN
161	Bosshard	Gerhard	EVP	NEIN
117	Bourgeois	Marc	FDP	NEIN
017	Brander	Simone	SP	JA
170	Bürlimann	Martin	SVP	NEIN
043	Butz	Marlène	SP	JA
062	Di Concilio	Salvatore	SP	JA
153	Dogwiler	Sven Oliver	SVP	NEIN
035	Dubno	Samuel	GLP	JA
057	Dubs	Marianne	SP	JA
166	Egger	Urs	FDP	NEIN
066	Enderlin Cavigelli	Regula	SP	JA
175	Erfigen	Monika	SVP	NEIN
140	Fehr	Urs	SVP	NEIN
063	Feuillet	Dominique	SP	JA
050	Filli	Peider	Grüne	ENTHALTEN
008	Frei	Dorothea	SP	JA
026	Garcia	Isabel	GLP	JA
124	Garzotto	Marina	SVP	NEIN
045	Glaser	Helen	SP	JA
009	Graf	Davy	SP	JA
032	Gut	Christoph	SP	JA
119	Hagger	Joachim	FDP	--
144	Halser-Furrer	Michèle	EVP	NEIN
116	Hänni-Etter	Cäcilia	FDP	NEIN
036	Hauri	Andreas	GLP	JA
176	Hauri	Theo	SVP	NEIN
201	Heinrich	Uschi	SP	JA
029	Hochreutener	Andrea	SP	JA
147	Hohl	Marc	FDP	NEIN
011	Huber	Patrick Hadi	SP	JA
088	Hug	Christina	Grüne	JA
094	Hungerbühler	Markus	CVP	--
127	Hüssy	Kurt	SVP	NEIN
112	im Oberdorf	Bernhard	SVP	NEIN
128	Jäger	Alexander	FDP	NEIN
033	Jahreiss	Fiammetta	SP	JA
031	Jüsi	Bernhard	SP	JA
069	Kälin	Simon	Grüne	JA
007	Käppeli	Hans Jörg	SP	JA
023	Käser	Philipp	GLP	JA
016	Katumba	Andrew	SP	JA
132	Kessler	Alain	FDP	NEIN
054	Kisker	Gabriele	Grüne	--
055	Knauss	Markus	Grüne	JA
041	Küng	Peter	SP	JA
034	Landolt	Maleica	GLP	JA

131	Lauber	Tamara	FDP	NEIN
002	Leiser	Albert	FDP	NEIN
121	Liebi	Roger	SVP	NEIN
021	Luchsinger	Martin	GLP	JA
160	Mächler	Martin	EVP	NEIN
058	Makwana-Boss	Elisabeth	SP	JA
001	Manser	Joe A.	SP	JA
156	Margrit	Haller	SVP	NEIN
101	Mariani	Mario	CVP	NEIN
048	Marti	Min Li	SP	JA
071	Meier-Bohrer	Karin	Grüne	JA
092	Meier	Daniel	CVP	NEIN
138	Monn	Thomas	SVP	NEIN
022	Nabholz	Ann-Catherine	GLP	JA
073	Nagel	Ueli	Grüne	JA
018	Nüssli-Danuser	Andrea	SP	JA
042	Papageorgiou	Kyriakos	SP	JA
115	Pflüger	Severin	FDP	NEIN
086	Piller	Bernhard	Grüne	JA
087	Probst	Matthias	Grüne	JA
143	Rabelbauer	Claudia	EVP	NEIN
081	Recher	Alecs	AL	JA
173	Regli	Daniel	SVP	NEIN
005	Richli	Mark	SP	JA
012	Rothenthal	Gabriela	SP	JA
083	Rutherford	Catherine	AL	JA
053	Rykart	Karin	Grüne	JA
010	Sangines	Alan David	SP	JA
065	Savarioud	Marcel	SP	JA
171	Schatt	Heinz	SVP	NEIN
123	Scheck	Roland	SVP	NEIN
077	Scherr	Niklaus	AL	ENTHALTEN
154	Schlatter	Hedy	SVP	NEIN
130	Schmid	Michael	FDP	NEIN
148	Schmid	Urs	FDP	NEIN
103	Schönbächler	Marcel	CVP	NEIN
141	Schwendener	Thomas	SVP	NEIN
028	Seidler	Christine	SP	JA
135	Sidler	Bruno	SVP	--
120	Simon	Claudia	FDP	NEIN
105	Spiess	Christoph	SD	NEIN
165	Steger	Heinz F.	FDP	NEIN
070	Steiner	Kathy	Grüne	JA
019	Straub	Esther	SP	JA
027	Strub	Jean-Daniel	SP	JA
150	Tognella	Roger	FDP	NEIN
126	Tomezzoli	Ruggero	SVP	NEIN
059	Tozzi	Lucia	SP	JA
099	Traber	Christian	CVP	NEIN
025	Trevisan	Guido	GLP	JA

037	Trottmann	Maria	GLP	JA
108	Tuena	Mauro	SVP	NEIN
183	Urban	Michel	SP	JA
133	Uttinger	Ursula	FDP	NEIN
015	Utz	Florian	SP	JA
096	Virchaux	Jean-Claude	CVP	NEIN
052	Vocat	Fabienne Nicole	Grüne	JA
061	von Matt	Hans Urs	SP	JA
039	von Planta	Gian	GLP	JA
157	Weiss	Urs	SVP	NEIN
046	Wepf	Mirella	SP	JA
097	Weyermann	Karin	CVP	NEIN
024	Wiesmann	Matthias	GLP	JA
082	Wolff	Richard	AL	JA
020	Wüthrich	Katrin	SP	JA
047	Wyler	Rebekka	SP	JA
072	Wyss	Thomas	Grüne	JA

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 67 gegen 51 Stimmen zu.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Budgetberatung siehe Sitzung Nr. 104, Protokoll-Nr. 2094/2011).

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

2142. 2011/499

Motion von Christoph Spiess (SD) und Patrick Blöchliger (SD) vom 21.12.2011: Bau- und Zonenordnung (BZO), Gesamtrevision mit dem Ziel der Stabilisierung der Einwohnerzahl und der Sicherung der Grün- und Landwirtschaftsflächen

Von Christoph Spiess (SD) und Patrick Blöchliger (SD) ist am 21. Dezember 2011 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird eingeladen, dem Gemeinderat eine Vorlage zur Gesamtrevision der Bau- und Zonenordnung (inkl. Zonenplan) zu unterbreiten. Ziele der Revision sollen namentlich eine Stabilisierung der Einwohnerzahl bei ca. 400'000 und die langfristige Sicherung der noch vorhandenen Grün- und Landwirtschaftsflächen sein.

Begründung:

Die letzte ordentliche Revision der Bau- und Zonenordnung erfolgte 1992. Die hernach vorgenommenen Änderungen beruhten im wesentlichen auf Eingriffen des Kantons und auf Rechtsmittelverfahren. Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt nun, dass die in der BZO enthaltenen Ausnützungsreserven viel zu gross sind. Aufgrund des anhaltenden Zuwanderungsdrucks und des nach wie vor weit verbreiteten Glaubens an ein immerwährendes "Wachstum" nimmt die Einwohnerzahl rasant zu. Die zunehmende Dichte der Raumnutzung verursacht bei immer mehr Menschen Dauerstress und ein permanentes "Engegefühl". Das Verkehrssystem ist bereits überlastet, und dessen Ausbau ist ohne radikale, das Stadtbild in einem übersetzten Tempo verändernde und damit das Wohlbefinden der Zürcherinnen und Zürcher stark beeinträchtigende Eingriffe nur noch sehr begrenzt möglich. Immer öfter werden ganze Siedlungen mit bezahlbarem Wohn-

raum vorzeitig abgebrochen und mit möglichst grossen, dichtgedrängten und oft auch dementsprechend hässlichen "Klötzen" ersetzt, wobei gleichzeitig das Wohnen immer teurer wird. Die zunehmende Übernutzung des städtischen Raums bewirkt ausserdem einen wachsenden Druck auf die Naherholungsgebiete. Nach und nach werden die letzten grünen "Oasen" im Siedlungsgebiet dem Wachstumsglauben geopfert. Die Durchführung einer BZO-Gesamtrevision nimmt erfahrungsgemäss etliche Jahre in Anspruch. Es ist jetzt an der Zeit, sie in Angriff zu nehmen, damit die Stadt ihre Zukunft noch aktiv steuern kann und nicht definitiv zum Spielball einer falschen Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung wird.

Mitteilung an den Stadtrat

2143. 2011/500

**Postulat von Patrick Blöchliger (SD) und Christoph Spiess (SD) vom 21.12.2011:
Finanzielle Entlastung der Eltern, die ihre Kinder nicht ausserfamiliär in
subventionierten Tagesstätten betreuen lassen**

Von Patrick Blöchliger (SD) und Christoph Spiess (SD) ist am 21. Dezember 2011 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie Eltern, die ihre Kinder subventioniert in Tagesstätten betreuen lassen könnten, darauf aber verzichten und ihre Kinder selbst betreuen, im Umfang der nicht beanspruchten Subventionen finanziell (z.B. durch Ausrichtung eines Betreuungsgeldes) entlastet werden können.

Begründung:

In der Stadt Zürich kommen Eltern, die ihre Kinder in Krippen, Horten etc. fremdbetreuen lassen, bis zu einem recht hohen Einkommensniveau in den Genuss von Subventionen in der Form verbilligter Tarife. Eltern, die bewusst darauf verzichten, ihre Kinder in Tagesstätten betreuen zu lassen, sind demgegenüber benachteiligt. Sie nehmen unter Umständen erhebliche Einkommenseinbussen und einen entsprechend bescheideneren Lebensstandard in Kauf, um ihren Kindern ein ständig verfügbares Zuhause im Familienkreis zu bieten. Die je nach gelebtem Familienmodell ungleiche Behandlung von Eltern verstösst gegen das verfassungsrechtliche Gebot der Rechtsgleichheit und muss aufhören. Es soll deshalb geprüft werden, wie selbstbetreuende Eltern, die ihre Kinder subventioniert ausserfamiliär betreuen lassen könnten, entsprechend dem Umfang der nicht beanspruchten Subventionen finanziell entlastet werden können.

Mitteilung an den Stadtrat

2144. 2011/503

**Postulat von Marcel Schönbächler (CVP) und Karin Weyermann (CVP) vom
21.12.2011:
Verbesserung der Sicherheit durch die Anordnung neuer Fussgängerstreifen**

Von Marcel Schönbächler (CVP) und Karin Weyermann (CVP) ist am 21. Dezember 2011 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Sicherheit nachhaltig an ausgewählten Orten sowie im allfälligen nötigen Einvernehmen mit den übergeordneten Behörden, vorerst versuchsweise durch die Anordnung neuer Fussgängerstreifen insbesondere wie folgt verbessert werden kann:

- a) mit Querstreifen. Sie wirken auf die Autofahrer wie eine optische Barriere (vgl. Stopp-Strasse).
- b) mit breiten Querstreifen beidseitig zwischen den bisherigen Fussgänger-Querstreifen.
- c) mit je Fahrbahn ein Querstreifen vor den bisherigen Fussgänger-Querstreifen, mit je Fahrbahn vorgelagerten Zickzack-Linien.
- d) durch eine generelle Verbesserung der Fussgängerstreifensichtbarkeit nach den neusten Erkenntnissen (Stand der Technik).
- e) mit besserer Umgebungs-Beleuchtung.

Begründung:

Die Serie von Unfällen an Fussgängerstreifen reisst nicht ab. Bereits 1991 wurde fast die Hälfte aller verletzten oder getöteten Fussgänger auf Zebrastreifen überfahren. Die zahlreichen Präventionskampagnen greifen zu kurz. Bauliche Massnahmen oder Tempo 30 sind oft schwierig umzusetzen und strengere Strafen für Verkehrssünder können die schrecklichen Unfälle nicht ungeschehen machen.

Die CVP verlangte bereits am 12. Mai 1993 mit einem Postulat (GR-Nr. 93/213), welches vom Gemeinderat am 2. März 1994 diskussionslos dem Stadtrat überwiesen wurde, die Behörden mögen prüfen, ob die Fussgängerstreifen quer zur Fahrbahn die Sicherheit nicht entscheidend verbessern würden.

Quer zur Fahrbahn verlaufende Streifen bildeten eine optische Barriere. Die Autofahrer bremsen eher ab. Ein weiterer Vorteil: die Fussgänger passieren dann parallel zu den Streifen, das, so meinen wir, unterstreicht deren Vorrang.

Mitteilung an den Stadtrat

Die Motion und die zwei Postulate werden auf die Tagliste einer der nächsten Sitzungen gesetzt.

K e n n t n i s n a h m e n

Es liegen keine Kenntnissnahmen vor.

Nächste Sitzung: 21. Dezember 2011, 17.00 Uhr.